

Verwertbarkeit versus Nationalismus - Flüchtlingspolitik zwischen Notstandsrhetorik und Wirtschaftsinteressen

Ergebnisse aus vertiefter Diskussion mit Stephan Dünnwald:

Bisweilen gibt es übereinstimmende Interessen der Geflüchteten mit Wirtschaftsinteressen/Unternehmensinteressen. Diese kollidieren mit dem Bestreben der Ausländerbehörden eine restriktive Abschiebungspolitik umzusetzen, die (maßgeblich) von der Bundesregierung vorgegeben wird, um Handlungsfähigkeit zu zeigen und den Wunsch nach Autorität zu bedienen. Beratungseinrichtungen und Organisationen haben dabei oftmals die Funktion eines Korrektivs.

Die Diskussionsteilnehmer_innen stellten fest, dass die Beratungseinrichtungen und Arbeitsmarktprojekte zuweilen in die Rolle kommen, Wirtschaftsinteressen vertreten zu müssen, um Bleibeperspektiven zu finden, was aber wiederum dazu führen kann, dass Geflüchtete eher unter Druck geraten, schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. In dem Zusammenhang wurde auch zur Diskussion gestellt, in wie weit der viel benannte „Fachkräftemangel“ tatsächlich existiert oder ggf. v.a. dazu dient, Druck auf die Lohnabhängigen auszuüben.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass Rassismus oftmals eher in der Belegschaft als in der Führungsetage von Unternehmen anzufinden ist und durchaus gegen das Wirtschaftsinteresse des Betriebes/Unternehmens stehen kann.

Als wichtig hielten die Teilnehmer_innen fest, sich der eigenen Rolle klar zu werden und grundsätzlich die Interessen der Ratsuchende/Geflüchteten in den Vordergrund zu stellen. Es müsse ein Umgang mit dem Rassismus in Betrieben und aber auch mit der restriktiven Abschiebungspolitik gefunden werden.

Als Handlungsmöglichkeiten hierbei wurden benannt: Über die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände agieren, um die wirtschaftlichen Interessen als Argument gegen rassistische Politik und Praxis zu stellen. Als konkretes Beispiel könnte hier die vom Café Bellevue di Monaco initiierte Kampagne „Lass mas halt arbeiten“ aus München dienen, bei der Unternehmen sich gemeinsam mit Geflüchteten gegen Arbeits- und Ausbildungsverbot wenden (Infos dazu unter: www.lass-mas-halt-arbeiten.de).